

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Bezugspreise:** Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einschließlich Tragereisen monatlich. **Einzelnummer 10 Pf.**, außerhalb Groß-Dresdens 15 Pf.

**mit Handels- und Industrie-Zeitung**

**Anzeigenpreise:** Grundpreis: die 10spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Pf., 8spaltige 12 Pf., 6spaltige 10 Pf., 4spaltige 8 Pf., 2spaltige 6 Pf., 1spaltige 4 Pf. Die 10spaltige mm-Zeile im Textteil 1,40 RM., 8spaltige 1,20 RM., 6spaltige 1,00 RM., 4spaltige 0,80 RM., 2spaltige 0,60 RM., 1spaltige 0,40 RM. Die 10spaltige mm-Zeile im Textteil 1,40 RM., 8spaltige 1,20 RM., 6spaltige 1,00 RM., 4spaltige 0,80 RM., 2spaltige 0,60 RM., 1spaltige 0,40 RM.

**Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle:** Dresden-N., Ferdinandstraße 4  
**Postanschrift:** Dresden-N. 1, Postfach - Fernruf: Ostberliner Sammelnnummer 24601, Fernruf 27951-27953 - Teleg.: Deutsche Dresden - Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriaplatz 1a; Fernruf: Kurzfür 9361-9366  
**Postfach:** Dresden 2060 - Nichterlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt über die Verantwortlichkeit haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

## Englische Vorstellungen in Rom

Die Ausweisung englischer Missionare aus Äthiopien - Oberstes Bundesgericht entscheidet für Roosevelt-Gesetz

### Der britische Botschafter bei Ciano

Italien wird zu späterer Zeit weitere Auskünfte geben  
Telegramm unfres Korrespondenten

London, 12. April

Nach englischen Meldungen aus Rom sprach der britische Botschafter Sir Eric Drummond beim italienischen Außenminister Graf Ciano vor und verlangte eine Erklärung für die Ausweisung der englischen Missionare aus Äthiopien; auch der Ausweisungsbefehl gegen die britisch-indische Firma Mohammed Ali sei erwidert worden. Graf Ciano habe versprochen, dem britischen Botschafter zu einem späteren Zeitpunkt weitere Auskünfte zu geben.

Im Unterhaus wurde am Montag eine Reihe von Anfragen gestellt, die sich auf Äthiopien bezogen. Zunächst wurden Anfragen wegen der Liquidierung

der britisch-indischen Firma Mohammed Ali in Addis Abeba gerichtet. Lord Cranborne befragte, ob die italienischen Behörden die Schließung der Firma angeordnet hätten. Der britische Generalkonsul in Addis Abeba habe Vorstellungen erhoben. Hierauf sei die Ausweisungsbefehlung verlängert worden. Dies werde jedoch von der britischen Regierung nicht als ausreichend angesehen. Ein Abgeordneter wollte Näheres über das Schicksal der beiden Söhne des Äthiopiens Dr. Martin wissen, der den früheren Regus in London diplomatisch vertreten hatte. Cranborne erwiderte, es liege ein Bericht vor, nach dem die beiden Söhne Dr. Martin hingerichtet worden seien, er glaube, daß niemand in England die Hinrichtung billige und daß er bereit Dr. Martin seiner tiefen Anteilnahme verleihe.

### Labour gegen Baldwins Spanienpolitik

Mißtrauensantrag wegen des Bidadabeschlusses - Eden-Rede in Liverpool  
Telegramm unfres Korrespondenten

A. London, 13. April

Im Unterhaus gab gestern Ministerpräsident Baldwin die angekündigte Erklärung zum Beschluß der englischen Regierung über die

Bidadabeschluß

ab. Die Entscheidung des Kabinetts ist dahin gefallen, daß die britische Regierung Rechte einer kriegsführenden Macht in dieser Sache nicht anerkennen und keinerlei Beihilfung der britischen Schifffahrt auf See dulden könne, jedoch die britische Schifffahrt angesichts der Zustände in der Umgebung von Bilbao davon warne, sich in dieses Gebiet zu begeben, angesichts der Gefahren, gegen die man sie gegenüber nicht schützen könne. Die Gründe dieser Haltung sind dem Kabinettsprotokoll nicht mitgeteilt worden, sondern die „Times“ an in ihrem Kommentar, daß in diesem Augenblick neuer Aufnahme der Kleinmischungs- politik in der Durchführung der Grenzkontrollen England nicht etwas tun dürfe, was zum Vorwand für weitere Vergrößerung der Kontrolle dienen könnte. Die Mehrheit der Mitglieder billigt diesen Standpunkt. „Daily Telegraph“ schreibt sogar, die Politik der Regierung entspreche allein dem Wunsch, das Leben des englischen Seemanns nicht unnötig in einer Kampagne auszuwetzen, die ihn nichts angeht. Tageten erachtete sich die

Antipresse in harter Opposition.

Die Beschlüsse der Regierung einseitiger Beendigung der Nationalregierung und fordert, daß die englischen Lebensmittelpreise unter allen Umständen von englischen Anschlägen bis in die Hafeneinfahrt von Bilbao gesichert werden müßten. Die Arbeiterpartei hat einen Mißtrauensantrag in dieser Angelegenheit gegen die Regierung eingebracht, der morgen zur Debatte stehen wird, in der neben Ministerpräsident Baldwin auch Außenminister Eden das Wort nehmen wird. Eden dürfte dabei Gelegenheit nehmen, einige Sätze aus einer Rede von ihm in Liverpool gehaltenen Rede zu wiederholen. In dieser Rede betonte der Außenminister unter anderem, daß es sehr leicht und auch sehr vollständig sei, immer mit dem Sabel zu zucken, und sehr viel schwieriger und weniger vollständig, sich lösen zu lassen, daß England sein sei, weil es sich weigere, Europa in den Abgrund zu stürzen. „Es ist eine dringende Notwendigkeit“, sagte der Außenminister in dieser Rede, „daß wir

Ruhe und Gleichgewicht wahren,

solange wir in einem für diese Völker höher und unbarmherziger Lage rufen. Wenn die englische Regierung jetzt auch nur einen falschen Schritt tut, kann das zu den aller schlimmsten Konsequenzen führen, und wir werden einen solchen entscheidenden Schritt nicht tun, es wie nicht ganz fest davon überzeugt sind, daß wir damit richtig und weise handeln.“ Eden sagte noch weiter aus, man könne wohlwollend sagen, daß es keine direkte Brücke des Nichtwissens zwischen dem Kommando gegeben habe. Aber wichtiger sei es, daß es überhaupt eine Politik der Nichtanerkennung gebe. Das Wissen, daß viele Menschen trotz aller Enttäuschungen für die Arbeiteten, habe die Gefahr

eines allgemeinen Krieges stark vermindert. Sobald die Ueberwachung in Kraft sei, werde die lange Periode der Gerüchte, der Beschuldigungen und Wegensbeschuldigungen zu Ende sein. Man werde es dann mit Tatkraft zu tun haben und nicht mehr mit Weisheit, die nur vom Ozean kommen. Sollten jedoch von den unabhängigen Beobachtern Berichte eintreffen, daß noch immer Verletzungen des Abkommens stattfinden und

weitere ausländische Freimillige

einträfen, so würde die britische Regierung die so geschaffene Lage mit größter Sorge ansehen. Eden sagte weiter, es gebe 24 Millionen Gründe, warum Spanien sich niemals durch den demaskierten Druck oder den Nachschlag irgendeiner ausländischen Macht leiten lassen würde - das seien die 24 Millionen Spanier. Eden betonte abschließend, England werde nichts dazu tun, daß sich Europa in zwei Blöcke scheide. Es sei irreführend, wenn man nur schlecht bei den Diktatoren lebe oder wenn die letzteren nur ein brennendes Honal erblickten, sobald das Wort Demokratie genannt werde. Der wichtigste Schritt eines internationalen Friedens bestünde darin, daß die Völker Europas es einander überließen, die eigenen nationalen Lösungen auf ihre eigene Art zu finden. Inzwischen hat sich bestätigt, daß der

Wirtschaftsdiplomatie der englischen Botschaft aus Genäve nach Burgos

reisen wird. Es sei jedoch nicht richtig, daß der Wirtschaftsdiplomatie mit der spanischen Nationalregierung über die in St. Jean de Luz liegenden englischen Lebensmittelpreise, die für Bilbao bestimmt sind, zu verhandeln beabsichtige.

### Einladung nach Moskau abgelehnt

Bericht unfres Berliner Schriftleitung  
Br. Berlin, 13. April

Die Preussische Geologische Landesanstalt hat die Einladung der sowjetrussischen Regierung, an dem internationalen Geologischen Kongress in Moskau teilzunehmen, abgelehnt.

Deutschland hat sich grundsätzlich von jeder zur internationalen Zusammenarbeit wie auf anderem so ganz besonders auch auf wissenschaftlichem Gebiet bekennt. Die Ablehnung der sowjetrussischen Einladung bedeutet daher auch in keiner Weise eine Abfolge an die internationale Zusammenarbeit in geologischen Fragen. Man kann und indes nicht summen, eine Delegation in einem Staat zu entsenden, der weder Reichsdeutsche unter unwahren Anschuldigungen von der G. V. U. hat verbannt, einreisen und in komödiantischen Schauprozessen aburteilen lassen. Auch heute noch schmachtet Reichsdeutsche in den bolschewistischen Gefängnissen.

Es verdrängt sich nicht mit unserer Ehre, unter diesen Umständen Abordnungen im Dienste internationaler geistiger Gemeinschaftsarbeit in die Sowjetunion zu entsenden.

### Ein Ostmittelmeer-Abkommen?

Zusammentunft der Balkanstaaten in Bukarest

Bukarest, 12. April

Am 10. Mai, dem Nationalfeiertag Rumäniens, werden die Außenminister der Balkanstaaten in Bukarest zusammentreffen. Es sollen also nicht nur der türkische Außenminister Nispeti Krus und Weizsäcker, sondern auch Stojadinowitsch zugegen sein und zu einer außerordentlichen Tagung des Vizepräsidenten der Balkanstaaten zusammentreten.

Die neue Besprechung der Lage in Südosteuropa soll nach den letzten politischen Ereignissen, vor allem nach dem Abschluß des jugoslawisch-italienischen Abkommens, auch für die Balkanstaaten notwendig geworden sein. Inabwägung wird der Frage, eines neuen Mittelmeerabkommens zwischen Jugoslawien, der Türkei und Griechenland einerseits und Italien andererseits, die am Montag bei dem Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Ismet Inönü und des Außenministers Nispeti Krus in Belgrad besprochen wurde, erhöhte Bedeutung für den Balkanpakt beigelegt.

Wie verlautet, wird der Besuch des polnischen Außenministers in Bukarest noch vor dem 6. Juni statt

finden. Am 6. Juni wird alljährlich die Wiederkehr des Todes der Restauration Carol II. feierlich begangen. Man glaubt, daß zu diesen Feiern auch der polnische Staatspräsident in Bukarest eintritt.

### Dr. Schacht in Brüssel

Brüssel, 12. April

Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist heute hier eingetroffen. Er wurde von dem deutschen Gesandten Herrn v. Richthofen, dem Mitgliedern der Gesandtschaft und dem Landesgruppenleiter der NSDAP, begrüßt.

Am Vormittag empfing König Leopold den Reichsbankpräsidenten in Audienz. Danach hatte Dr. Schacht dem Gouverneur der Nationalbank einen Besuch ab, der den beiden Notenbankpräsidenten Gelegenheit zu einer längeren Aussprache gab. An dem anschließenden Frühstück nahmen zahlreiche Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens teil.

Ministerpräsident van Zeeland hatte am Vormittag eine Besprechung mit dem Gouverneur der Nationalbank, Grand.

### Ägypten-Konferenz in Montreux

Um die Kapitulationen - England wünscht Übergangszeit - Vorbehalte Frankreichs

Montreux, 13. April

In Montreux ist am Montag die Konferenz zusammengesetzt, die über die Abschaffung der Kapitulationen in Ägypten beraten soll.

Die ägyptische Abordnung hat der Konferenz den Entwurf eines Abkommens vorgelegt, in dem es heißt, daß die Vertragschließenden der Aufhebung zustimmen und daß die Ausländer, vorbehaltlich der Grundzüge des internationalen Rechts, auf straf-, zivil-, handels-, verwaltungs- und steuerrechtlichem Gebiet der ägyptischen Gesetzgebung unterliegen sollen. Ägypten sagt bei Zustandekommen des Abkommens zu, bis 15. September ein Strafgesetzbuch und eine Strafvorschreibung vorzulegen.

Bei der Eröffnung der Konferenz entwickelte der ägyptische Ministerpräsident Nubas Pascha ausführlich die Vorzüge seines Landes. Ägypten wolle nur die Gleichberechtigung seiner Staatsangehörigen gegenüber den auf seinem Gebiet wohnenden Ausländern wiederherstellen. Die Kapitulationen seien eine Ausnahmeregung, die mit dem Geist der Zeit unvereinbar sei und die in fast allen Ländern, wo sie bestünde, verschunden sei. Um so unverständlicher sei es, daß die Kapitulationen in Ägypten noch bestehen, daß seine Gesetzgebung auf den modernsten Grundlagen aufgebaut habe.

In der öffentlichen Sitzung am Dienstag erklärte der englische Delegierte, Captain Wallace, der zugleich im Namen von Australien, Neuseeland und Indien sprach, die britische Regierung sei seit Jahren der Ansicht, daß die Kapitulationen aufgehoben werden müßten.

Das Endziel sei ein Zustand, in dem die ägyptische Regierung gegenüber dem Ausländer auf gesetzlichem und gerichtlichem Gebiet die gleiche Handlungsfreiheit wie die Regierungen anderer Länder genießen. Niemand könne sich jedoch vorstellen, daß so weitgehende Veränderungen sofort eintreten. Die natürliche Lösung wäre es, ein Übergangsabkommen einzuschließen, dessen Dauer die Konferenz festlegen solle. Nach englischer Auffassung sollte diese von angemessener, wenn auch nicht ungebührlicher Länge sein. Die britische Regierung habe anerkannt, daß das Kapitulationsabkommen mit dem Geist der Zeit und dem gegenwärtigen Zustand Ägyptens nicht mehr vereinbar sei.

Der französische Vertreter, de Tessan, erklärte, man würde der Wirksamkeit nicht Rechnung tragen, wenn man nicht sorgfältig den Rahmen zu umschreiben mache, in dem die Ausländer die Aufgabe fortzusetzen hätten, die ihnen im Leben Ägyptens

zukunft ankomme. Diese Fortsetzung lege gewisse „ständige Elemente“ voraus, die vollkommen vereinbar mit der vollen Souveränität Ägyptens, dem Interessieren die Gewährung geben würden, daß ihre berechtigten Hoffnungen nicht enttäuscht werden.

Als solche „ständige Elemente“, über die verhandelt werden müßte, nannte der französische Vertreter das Personalstatut, Handel und Schifffahrt, gewisse Bestimmungen strafrechtlicher und steuerlicher Art, freie Ausübung des Kultus und des Status der Schulen und Krankenhäuser. Schließlich wüßten auch die wohl- erworbenen Rechte gewahrt bleiben.

Der Vertreter Italiens, Graf Marecotti, erklärte, die italienische Regierung verhebe voll und ganz die Bestimmungen des ägyptischen Gesetzes, das sich unter der Führung einer aufgelösten Dynastie und weiser Staatsmänner gehalten habe. Die italienische Kolonie in Ägypten bestehe, daß das neue Regime die geschichtlich begründete Zusammenarbeit zwischen Italien und Ägypten noch fördern werde. Der Vertreter Griechenlands, Politis, betonte, daß man weise und unwillig vorgehen müsse, damit keine plötzlichen Erschütterungen eintreten. Bis auf weiteres wird die Konferenz nur Kommissions- sungen abhalten.

### Unterhausabgeordnete kommen nach Deutschland

London, 12. April

Wie der „Evening Standard“ meldet, hat eine Anzahl von englischen Abgeordneten und Strafenaufsehern verlässigen eine Einladung angenommen, das moderne deutsche Strafbauwesen zu studieren. Das Blatt nennt die Reihe die größte und bestausgestattete Expedition, die Abgeordnete eines Landes in ein anderes in der parlamentarischen Geschichte durchgeführt hätten.

Hierzu erklärt das DRB, von unterrichteter Seite, daß dieser Besuch bereits seit längerer Zeit geplant gewesen sei. Lord Wolmer und Lord Allen von Hurwood seien kürzlich zu einem persönlichen Besuch Dr. Lohs nach Berlin gekommen und hätten bei dieser Gelegenheit auch verschiedene Reichsanstalten besichtigt und besprochen.

Dieser sei zur Sprache gekommen, daß in englischen Strafbauanstalten das Interesse für die deutsche Violenzstrafrechtspflege seit längerer Zeit gestiegen sei und daß man sich von der Art, wie Deutschland diese Frage gemeinert habe, auch für den englischen Verkehr und Strafbau wertvolle Anregungen verhoffte. Daraufhin sei dann die Einladung von deutscher Seite zustande gekommen.